

Warnhinweis: Der Erwerb dieser Vermögensanlage ist mit erheblichen Risiken verbunden und kann zum vollständigen Verlust des eingesetzten Vermögens führen.

Stand des Vermögensanlagen-Informationsblatts: 11. Mai 2020 | Anzahl der bisherigen Aktualisierungen des Vermögensanlagen-Informationsblatts: 0

1	Art und Bezeichnung der Vermögensanlage	Nachrangdarlehen mit vorinsolvenzlicher Durchsetzungssperre (im Folgenden nur „Nachrangdarlehen“) gemäß § 1 Abs. 2 Nr. 4 VermAnlG mit der Bezeichnung „Nachrangdarlehen Frischepost“
2	Identität der Anbieterin/Emittentin einschließlich der Geschäftstätigkeit	Anbieterin und Emittentin ist die Frischepost GmbH mit Sitz in Hamburg (Geschäftsanschrift: Ausschläger Billdeich 18, 20539 Hamburg; eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Hamburg unter HRB 137915). Der wichtigste Tätigkeitsbereich der Emittentin ist der Handel mit Lebensmitteln und deren Auslieferung und die Erbringung von Beratungs- und IT Dienstleistungen. Im Rahmen dessen bietet die Emittentin über die Onlineplattform www.frischepost.de den Erwerb von frischen Lebensmitteln von lokalen und unabhängigen Produzenten im Raum Hamburg an, sowie die Lizenzierung der Plattform an Dritte (Lizenznehmer) in Europa.
	Identität der Internetdienstleistungsplattform	wiwin GmbH & Co. KG („Internet-Dienstleistungsplattform“, „Plattform“), Schneeberghof 14, 67813 Gerbach, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Kaiserslautern unter HRA 30639. Die Vermögensanlage wird über die Internetseite www.wiwin.de vermittelt, die von der Internet-Dienstleistungsplattform betrieben wird.
3	Anlagestrategie	Die Anlagestrategie der Vermögensanlage sieht vor, dass durch die Gewährung von Nachrangdarlehen die Umsetzung einer unternehmerischen Wachstumsstrategie („Vorhaben“) ermöglicht wird. Die von den Anlegern gewährten Nachrangdarlehen sollen zur Finanzierung der Umsetzung der unternehmerischen Wachstumsstrategie und zur Deckung der Emissionskosten (Kosten, Provisionen und Entgelte für die Emittentin ausgewiesen unter Ziffer 9) verwendet werden.
	Anlagepolitik	Die Anlagepolitik der Vermögensanlage sieht vor, Maßnahmen zu ergreifen, die dem Erreichen der Anlagestrategie dienen. Im Rahmen dieser Maßnahmen soll nach den Planungen, im Wesentlichen die in Ziffer 2 beschriebenen Geschäftstätigkeiten der Emittentin ausgebaut werden. Im Rahmen dessen wird die strategische und operative Weiterentwicklung der Frischepost Onlineplattform und die Erschließung weiterer europäischer Märkte fokussiert. Da die Frischepost Onlineplattform maßgeblich an dem Hauptmarkt in Hamburg getestet und weiterentwickelt wird, zählt die Finanzierung des Standorts Hamburg ebenfalls zur unternehmerischen Wachstumsstrategie. Die Emittentin behält sich vor, ein Gesellschafterdarlehen in Höhe von 100.000 Euro, welches im August 2020 zur Rückzahlung fällig wird, ggf. aus den mit dieser Vermögensanlage eingeworbenen Mittel zurückzuzahlen.
	Anlageobjekte	Die Nettoeinnahmen aus dem Angebot der Vermögensanlage sollen für den Ausbau der Geschäftstätigkeit inkl. der Weiterentwicklung der Onlineplattform sowie einer europaweiten Expansion genutzt werden. Ferner behält sich die Emittentin vor, die Nettoeinnahmen teilweise für die Rückzahlung eines Gesellschafterdarlehens in Höhe von 100.000 Euro zu nutzen.
4	Laufzeit, Kündigungsfrist der Vermögensanlage	Die Laufzeit der Vermögensanlage beginnt am jeweiligen Gewährungszeitpunkt (Tag der Gutschrift des Anlagebetrags nach Zeichnung auf dem Konto der Emittentin) und endet am 31. Dezember 2024. Ein ordentliches Kündigungsrecht des Anlegers während der Laufzeit besteht nicht. Ein Recht zur Kündigung des Anlegers aus wichtigem Grund bleibt hierdurch unberührt. Die Emittentin ist berechtigt, die Vermögensanlage ohne Angabe von Gründen mit einer Frist von sechs Wochen zum Ende eines Kalenderquartals zu kündigen. Die Kündigung ist ab dem 30. Juni 2022 zulässig.
	Konditionen der Zinszahlung und Rückzahlung	Konditionen der Zinszahlung: Der Anleger hat ab dem Gewährungszeitpunkt (Tag der Gutschrift des Anlagebetrages bei der Emittentin) während der Laufzeit der Vermögensanlage gegen die Emittentin unter Berücksichtigung der Zahlungsvorbehalte einen Anspruch auf Zahlung eines Zinses bezogen auf den eingezahlten Anlagebetrag. Der Zinssatz beträgt 6 % p. a. Die Zahlung der Zinsen erfolgt jährlich. Der erste Zinslauf beginnt am Gewährungszeitpunkt und endet am 31. Dezember 2020. Der zweite Zinslauf beginnt am 01. Januar 2021 und endet am 31. Dezember 2021. Folgende Zinsläufe (volle Zinsläufe) beginnen jeweils am 01. Januar des Kalenderjahres, das auf den Ablauf des vorherigen Zinslaufs folgt, und enden nach Ablauf von zwölf Monaten am 31. Dezember desselben Kalenderjahres. Ab Laufzeitende bis zur Rückzahlung des Nachrangdarlehens wird das Nachrangdarlehen nicht verzinst. Die Zahlung der Zinsen für einen abgelaufenen Zinslauf ist jeweils am fünften Bankarbeitstag nach Ablauf des jeweiligen Zinslaufes zur Zahlung fällig, erstmalig am 08. Januar 2021. Konditionen der Rückzahlung: Die Rückzahlung des Nachrangdarlehens erfolgt nach Ablauf der Laufzeit unter Berücksichtigung der Zahlungsvorbehalte zum valuierten Anlagebetrag. Der Rückzahlungsanspruch ist am fünften Bankarbeitstag nach Ablauf der Laufzeit zur Zahlung fällig. Bei Ausübung des vorzeitigen Kündigungsrechts durch die Emittentin erfolgt neben der anteiligen Zinszahlung für den laufenden Zinslauf die Rückzahlung des Nachrangdarlehens unter Berücksichtigung der Zahlungsvorbehalte zum valuierten Anlagebetrag zzgl. einer Vorfälligkeitsentschädigung in Höhe von 0,50 % des gezeichneten Anlagebetrags pro Quartal (Differenz zwischen Laufzeit und verkürzter Laufzeit in Quartalen) am ersten Bankarbeitstag nach Wirksamwerden der Kündigung.
5	Die mit der Vermögensanlage verbundenen Risiken	Die angebotene Vermögensanlage ist mit speziellen Risiken behaftet. Nachfolgend werden nur die von der Anbieterin als wesentlich erachteten Risiken aufgeführt. Auch die nachstehend genannten Risiken können hier nicht abschließend erläutert werden. Maximalrisiko Über den Totalverlust der Vermögensanlage hinaus besteht das Risiko der Gefährdung des weiteren Vermögens des Anlegers bis hin zu dessen Privatinsolvenz. Sofern der Anleger den Erwerb der Vermögensanlage teilweise oder vollständig fremdfinanziert, hat er den Kapitaldienst für diese Fremdfinanzierung auch dann zu leisten, wenn keinerlei Rückflüsse aus der Vermögensanlage erfolgen sollten. Auch eventuelle zusätzliche Steuern auf den Erwerb, die Veräußerung oder die Rückzahlung der Vermögensanlage sind vom Anleger im Falle fehlender Rückflüsse aus seinem weiteren Vermögen zu begleichen. Der betreffende Anleger könnte somit nicht nur sein eingesetztes Kapital verlieren, sondern müsste das zur Finanzierung der Vermögensanlage aufgenommene Fremdkapital inklusive Zinsen zurückzahlen und/ oder die eventuellen zusätzlichen Steuern aus seinem weiteren Vermögen leisten. Alle vorgenannten Risiken könnten zur Privatinsolvenz des Anlegers führen. Das den Anleger treffende maximale Risiko ist die Privatinsolvenz des Anlegers. Risiken aus der Geschäftstätigkeit <u>Kundenabhängigkeit</u> Die Emittentin ist im Rahmen des Onlinehandels von dem zum Datum des VIBs bestehenden Kundenkreis sowie einer weiteren Nachfrage von Kunden abhängig. Bei Wegfall eines oder mehrerer dieser Abnehmer könnte es zu einem vorübergehenden Absatzverlust kommen, der durch eine längerfristige Akquirierung neuer Kunden aufgefangen werden müsste. Dies kann zu geringeren Ergebnissen seitens der Emittentin führen. Dies kann zu geringeren Zinszahlungen an die Anleger bis hin zum Totalverlust des Anlagebetrags führen. <u>Verfügbarkeit und Preise von Lebensmitteln</u> Änderungen von Lebensmittelpreisen und deren Verfügbarkeit können die Geschäftstätigkeit nachteilig beeinflussen. Dies kann zu geringeren Ergebnissen seitens der Emittentin führen. Dies kann zu geringeren Zinszahlungen an die Anleger bis hin zum Totalverlust des Anlagebetrags führen. <u>Produktspezifische Risiken</u> Die Qualität sowie die Verarbeitung der von der Emittentin angebotenen Lebensmittel werden stetigen Kontrollen unterzogen. Jedoch kann nicht ausgeschlossen werden, dass die vertriebenen Produkte Mängel aufweisen, die zu Regressansprüchen führen können. In Betracht zu ziehen ist auch ein möglicher Verlust der Akzeptanz einzelner Produkte durch die Kunden. Dadurch könnte es zu Absatzverlusten kommen. Dies kann zu geringeren Ergebnissen seitens der Emittentin führen. Dies kann zu geringeren Zinszahlungen an die Anleger bis hin zum Totalverlust des Anlagebetrags führen. <u>Risiko der Insolvenz von Vertragspartnern</u>

		<p>In dem Falle, dass einer oder mehrere wesentliche Vertragspartner insolvent werden, besteht das Risiko, dass bestimmte Leistungen nicht erbracht werden und neue Verträge mit anderen Anbietern von Lebensmitteln abgeschlossen werden müssten. Der Abschluss neuer Verträge sowie die damit verbundenen zeitlichen Verzögerungen würden weitere Aufwendungen verursachen, die die Ergebnisse der Emittentin verringern könnten. Darüber hinaus wäre die Emittentin möglicherweise gezwungen, höhere Vergütungen an die neuen Vertragspartner zu zahlen. Dies kann zu geringeren Ergebnissen seitens der Emittentin führen. Dies kann zu geringeren Zinszahlungen an die Anleger bis hin zum Totalverlust des Anlagebetrags führen.</p> <p>Reputationsrisiko Eine wichtige Voraussetzung für die Geschäftstätigkeit der Emittentin ist ihre Reputation (Vertrauenswürdigkeit) bei ihren Vertragspartnern. Wenn in der Kundenwahrnehmung die Kompetenz oder Integrität der Emittentin gestört wird, kann dies zu einer nachhaltigen Beeinträchtigung der Geschäftstätigkeit führen, so dass die Emittentin geringere Ergebnisse erwirtschaftet. Dies kann zu geringeren Zinszahlungen an die Anleger führen.</p> <p>Fremdfinanzierungsrisiko der Emittentin Eine Fremdfinanzierung der geplanten Investitionen durch Bankdarlehen seitens der Emittentin ist nicht vorgesehen. Hinsichtlich der prognostizierten Aufwendungen für Investitionen besteht jedoch das Risiko einer Kostenüberschreitung. Eine dadurch entstehende Finanzierungslücke müsste die Emittentin möglicherweise durch Aufnahme von weiterem Fremdkapital schließen. Es besteht das Risiko, dass Verträge mit finanzierenden Banken nicht zustande kommen oder nur zu Konditionen, die erhebliche Kosten (z. B. Zinsen) für die Bereitstellung von Kapital vorsehen. Ein Abschluss zu solchen ungünstigen Konditionen kann zu geringeren Ergebnissen der Emittentin führen. Dies kann zu geringeren Zinszahlungen an die Anleger führen. Ferner besteht das Risiko, dass abgeschlossene Verträge mit Kreditinstituten vorzeitig aufgelöst und ausstehende Zahlungsbeträge fällig gestellt werden. Es besteht das Risiko, dass die Emittentin dadurch geringere Ergebnisse erzielt. Dies kann zu geringeren Zinszahlungen an die Anleger bis hin zum Totalverlust des Anlagebetrags führen.</p> <p>Risiko aufgrund vorinsolvenzlicher Durchsetzungssperre Für alle Zahlungsansprüche der Anleger aus dem Nachrangdarlehen (Zinsen und Rückzahlung) gilt eine vorinsolvenzrechtliche Durchsetzungssperre. Daher sind Zahlungen auf die Zahlungsansprüche solange und soweit ausgeschlossen, soweit die Zahlungen zu einer Zahlungsunfähigkeit der Emittentin im Sinne des § 17 InsO oder einer Überschuldung der Emittentin im Sinne des § 19 InsO führen oder bei der Emittentin eine Zahlungsunfähigkeit im Sinne von § 17 InsO oder eine Überschuldung im Sinne von § 19 InsO besteht. Die vorinsolvenzliche Durchsetzungssperre kann zu einer dauerhaften Nichterfüllung der Ansprüche des Anlegers aus dem Nachrangdarlehen führen. Daher ist das Bestehen eines Anspruchs der Anleger auf Zahlungen von der wirtschaftlichen Situation der Emittentin und insbesondere auch von deren Liquiditätslage abhängig. Die vorinsolvenzliche Durchsetzungssperre bewirkt eine Wesensänderung der Geldhingabe vom bankgeschäftstypischen Darlehen mit unbedingter Rückzahlungsverpflichtung hin zur unternehmerischen Beteiligung mit einer eigenkapitalähnlichen Haftungsfunktion. Das investierte Kapital des Anlegers wird zu wirtschaftlichem Eigenkapital bei der Emittentin und dient den nicht im Rang zurückgetretenen Gläubigern als Haftungsgegenstand. Es besteht das Risiko, dass das Vermögen der Emittentin zu Gunsten dieser Gläubiger aufgezehrt wird. Dem Anleger wird ein Risiko auferlegt, das an sich nur Gesellschafter trifft, ohne dass ihm zugleich die korrespondierenden Informations- und Mitwirkungsrechte eingeräumt werden. Nach § 49 Abs. 3 GmbHG hat die Geschäftsführung die Gesellschafterversammlung einzuberufen, wenn es zu einem Verlust des hälftigen Stammkapitals gekommen ist. Im Rahmen dieser Gesellschafterversammlung können die Gesellschafter entscheiden, ob sie die Geschäftstätigkeit gleichwohl fortsetzen und damit riskieren wollen, auch noch die zweite Hälfte des eingebrachten Kapitals aufzubrauchen. Der Anleger hat mit dem Nachrangdarlehen keine derartigen Informations- und Entscheidungsbefugnisse. Für Anleger besteht insoweit das Risiko, dass im Falle eines entsprechenden Verlustes die Gesellschafter entgegen den Interessen des Anlegers die Fortsetzung der Geschäftstätigkeit beschließen und eine Einstellung nicht erfolgt. Hierdurch besteht das Risiko des vollständigen Verlustes des eingesetzten Kapitals. Für den Anleger bedeutet dies, dass das von ihm übernommene Risiko in gewisser Hinsicht sogar über das unternehmerische Risiko eines Gesellschafters hinausgehen kann. Die vorinsolvenzliche Durchsetzungssperre gilt bereits für die Zeit vor Eröffnung eines Insolvenzverfahrens. Der Anleger kann demzufolge bereits dann keine Erfüllung seiner Ansprüche aus den Nachrangdarlehen verlangen, wenn die Emittentin im Zeitpunkt des Leistungsverlangens des Anlegers überschuldet oder zahlungsunfähig ist oder die Erfüllung der Zahlungsansprüche der Anleger zu einer Überschuldung oder Zahlungsunfähigkeit führen würde. Die vorinsolvenzliche Durchsetzungssperre kann zu einer dauerhaften, zeitlich nicht begrenzten Nichterfüllung der Ansprüche des Anlegers führen. Der Anleger übernimmt mit dem Nachrangdarlehen ein Risiko, welches über das allgemeine Insolvenzausfallrisiko hinausgeht. Für den Anleger besteht das Risiko, dass er im Falle des Vorliegens einer vorinsolvenzlichen Durchsetzungssperre keine Zahlungen zum eigentlichen Zahlungstermin mangels Vorliegens eines Anspruchs von der Emittentin verlangen kann. Wird die vorinsolvenzliche Durchsetzungssperre nicht beseitigt, hat dies den Totalverlust des Anlagebetrags für den Anleger zur Folge.</p> <p>Risiko aufgrund der Rangstellung der Ansprüche der Anleger In einem Insolvenzverfahren über das Vermögen der Emittentin und im Falle der Liquidation der Emittentin treten die Ansprüche auf Zahlung der Zinsen und des Gewinnanteils sowie auf Rückzahlung des Nachrangdarlehens im Rang hinter alle nicht nachrangigen Forderungen und alle nachrangigen Forderungen im Sinne von § 39 Absatz 1 Nr. 1 bis 5 der Insolvenzordnung zurück. Dies kann zum Totalverlust des Anlagebetrags führen. Im Falle der Eröffnung eines Insolvenzverfahrens über das Vermögen der Emittentin kann der Anleger die Ansprüche auf Zahlung der Zinsen sowie auf Rückzahlung des Nachrangdarlehens gegenüber dem Insolvenzverwalter nur als nachrangiger Insolvenzgläubiger geltend machen. Zahlungen an den Anleger aus der Insolvenzmasse erfolgen erst dann, wenn alle ihm vorgehenden Ansprüche, insbesondere die nicht nachrangigen Ansprüche sowie alle nachrangigen Forderungen im Sinne von § 39 Absatz 1 Nr. 1 bis 5 der Insolvenzordnung, vollständig erfüllt wurden. Die Höhe der tatsächlichen Zahlungen ist damit abhängig von der Höhe der Insolvenzmasse. Reicht die Insolvenzmasse nicht aus, um auf die nachrangigen Forderungen des Anlegers im Insolvenzverfahren Zahlungen zu leisten, hätte dies für den Anleger den Totalverlust des Anlagebetrags zur Folge.</p> <p>Fremdfinanzierungsrisiko durch den Anleger Den Anlegern steht es frei, den Erwerb der Vermögensanlage ganz oder teilweise durch Fremdmittel (z. B. Bankdarlehen) zu finanzieren. Bei einer Fremdfinanzierung erhöht sich die Risikostruktur der Vermögensanlage. Der Anleger ist unabhängig von Auszahlungen aus der Vermögensanlage bzw. dem Totalverlust seines Anlagebetrags verpflichtet, Zinsen, Kosten und Rückzahlung der Fremdfinanzierung aus seinem weiteren Vermögen zu bedienen. Die Übernahme dieser Kosten kann zu einer Privatinsolvenz des Anlegers führen.</p> <p>Aufsichtsrechtsrisiko Es besteht das Risiko, dass die Vertrags- oder Anlagebedingungen so geändert werden oder sich die Tätigkeit der Emittentin so verändert, dass sie ein Investmentvermögen im Sinne des Kapitalanlagegesetzbuchs darstellt, so dass die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht Maßnahmen nach § 15 des Kapitalanlagegesetzbuchs ergreifen und insbesondere die Rückabwicklung der Geschäfte der Emittentin der Vermögensanlage anordnen kann. Für den Fall, dass die Emittentin zum Zeitpunkt der Rückabwicklung nicht über die entsprechende Liquidität verfügt, kann es zum Totalverlust des Anlagebetrags kommen.</p>
6	Emissionsvolumen, Art und Anzahl der Anteile	Der Gesamtbetrag der angebotenen Vermögensanlage beträgt EUR 450.000,-. Es handelt sich bei der Vermögensanlage um ein Nachrangdarlehen, das eine vorinsolvenzliche Durchsetzungssperre enthält. Bei einem vom Anleger zu zeichnenden Mindestanlagebetrag von EUR 500 werden maximal 900 Nachrangdarlehen begeben.
7	Verschuldungsgrad der Emittentin auf der Grundlage des letzten aufgestellten Jahresabschlusses	Auf der Grundlage des letzten aufgestellten Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2018 kann der Verschuldungsgrad der Emittentin aufgrund eines nicht durch Eigenkapital gedeckten Jahresfehlbetrags nicht berechnet werden.
8	Aussichten für die vertragsgemäße Zinszahlung	Diese Vermögensanlage hat unternehmerischen Charakter. Je nach prognosemäßiger, besserer oder schlechterer Entwicklung des Markts für den Onlinehandel mit Lebensmitteln, der Kosten für Lebensmittel bzw. der Kosten für Versand, Kundennachfragen und damit die Einnahmen aus dem Onlinehandel mit Lebensmitteln (zusammengefasst nachfolgend unter dem Begriff „Marktbedingungen“) ändern sich die Erfolgsaussichten für die Wirtschaftlichkeit der Onlineplattform für den Verkauf von Lebensmitteln und damit die Ergebnisse der Emittentin. Entwickelt sich – in Abhängigkeit von der Entwicklung der verschiedenen Marktbedingungen – die Geschäftstätigkeit der

	und Rückzahlung unter verschiedenen Marktbedingungen	<p>Emittentin überdurchschnittlich positiv, steht dem Anleger ein Anspruch gegen die Emittentin auf Zahlung sämtlicher Zinsen während der Laufzeit sowie die Rückzahlung des vollen Anlagebetrags des Nachrangdarlehens vertraglich zu. Gleiches gilt bei neutraler Marktentwicklung. Bei negativem Verlauf der Geschäftstätigkeit der Emittentin ist es möglich, dass die Emittentin die prognostizierten Ergebnisse nicht erzielt und deshalb während der Laufzeit der Vermögensanlage Zinsen entweder nicht oder nicht vollständig gezahlt werden und / oder der Anlagebetrag nicht an den Anleger zurückgezahlt wird.</p> <p>Szenarien für die Zinszahlung:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Bei für die Emittentin neutraler/positiver Marktentwicklung: Die prognostizierte Ausschüttung von ca. 6 % p. a. bezogen auf den Anlagebetrag wird während der Laufzeit erreicht. - Bei für die Emittentin negativer Marktentwicklung: Das Nachrangdarlehen unterliegt keiner gesetzlich vorgeschriebenen Einlagensicherung. Im Falle einer negativen Geschäftsentwicklung und/oder Insolvenz der Emittentin besteht somit keine Gewähr, dass die vertraglich vereinbarten Zinsen an den Anleger gezahlt werden. Es kann damit zu einem Totalverlust des Zinszahlungsanspruches kommen. <p>Szenarien für die Rückzahlung am Laufzeitende:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Bei für die Emittentin neutraler/positiver Marktentwicklung: Rückzahlung des Anlagebetrages. Gleiches gilt bei einer vorzeitigen Kündigung durch die Emittentin. In diesem Fall erhält der Anleger neben der Rückzahlung des Anlagebetrags und der anteiligen Zinszahlung für den laufenden Zinslauf die Vorfälligkeitsentschädigung in Höhe von 0,50 % des gezeichneten Anlagebetrags pro Quartal (Differenz zwischen Laufzeit und verkürzter Laufzeit in Quartalen). - Bei für die Emittentin negativer Marktentwicklung: Das Nachrangdarlehen unterliegt keiner gesetzlich vorgeschriebenen Einlagensicherung. Im Falle einer negativen Geschäftsentwicklung und/oder Insolvenz der Emittentin kann es damit zu einem Teil- oder Totalverlust des gezeichneten Anlagebetrages kommen. Gleiches gilt bei einer vorzeitigen Kündigung durch die Emittentin.
9	Mit der Vermögensanlage verbundene Kosten und Provisionen, Entgelte	<p>Kosten für den Anleger: Der Erwerbspreis entspricht dem gewählten Anlagebetrag des Anlegers. Der Mindestanlagebetrag beträgt EUR 500. Ist der Anleger keine Kapitalgesellschaft darf der maximale Darlehensbetrag EUR 1.000 grundsätzlich nicht überschreiten; höhere Beträge (I) bis EUR 10.000 sind möglich, wenn sein frei verfügbares Vermögen (Bankguthaben, Finanzinstrumente) mindestens EUR 100.000 beträgt, oder (II) bis zur Höhe seines zweifachen durchschnittlichen monatlichen Nettoeinkommens, maximal jedoch EUR 25.000. Eigene Aufwendungen für Kommunikations- und Portokosten sowie die Kosten der Übertragung der Rechte und Pflichten aus dem Nachrangdarlehen sind vom Anleger zu tragen. Weitere Kosten können durch individuelle Entscheidungen/Gegebenheiten der Anleger entstehen. Über die konkrete Höhe der vorgenannten Kosten kann von der Anbieterin keine Aussage getroffen werden. Darüber hinaus entstehen keine weiteren Kosten.</p> <p>Kosten, Provisionen und Entgelte für die Emittentin: Für die Abwicklung des Crowdinvestings durch die wiwin GmbH & Co. KG hat die Emittentin eine erfolgsabhängige Vergütung (Provision) in Höhe von 5 % des eingesammelten Kapitals zu leisten. Darüber hinaus erhält die wiwin GmbH & Co. KG von der Emittentin eine einmalige Gebühr für die Strukturierung und Vorbereitung der Kapitalanlage in Höhe von 1 % des Emissionsvolumens. Für die Anlegerverwaltung zahlt die Emittentin an die wiwin GmbH & Co. KG ferner eine Verwaltungspauschale in Höhe von jährlich 0,40 % des eingesammelten Kapitals.</p>
10	Nichtvorliegen von maßgeblichen Interessenverflechtungen im Sinne von § 2a Absatz 5 VermAnIG	Es liegen keine maßgeblichen Interessenverflechtungen im Sinne von § 2a Absatz 5 VermAnIG zwischen der Emittentin und dem Unternehmen, das die Internet-Dienstleistungsplattform betreibt, vor.
11	Anlegergruppe auf die die Vermögensanlage abzielt	Die Vermögensanlage richtet sich an Privatkunden (natürliche oder juristische Personen) gemäß § 67 Absatz 3 des Wertpapierhandelsgesetzes, die über ausreichende Kenntnisse und Erfahrungen mit Vermögensanlagen verfügen, um die Risiken aus der angebotenen Vermögensanlage angemessen beurteilen zu können. Der Anlagehorizont des Anlegers sollte auf eine mittelfristige Investition in den Onlinehandel mit Lebensmitteln ausgerichtet sein. Eine Haltdauer bis zum 31. Dezember 2024 sollte durch den Anleger eingehalten werden. Der Anleger sollte wirtschaftlich fähig sein, Verluste, die sich aus der Vermögensanlage ergeben können, zu tragen. Insbesondere sollte er wirtschaftlich fähig sein, einen Totalverlust des eingesetzten Anlagebetrags bis zu 100 % des eingesetzten Kapitals tragen zu können, wobei eine Gefährdung des weiteren Vermögens des Anlegers nicht ausgeschlossen ist.
12	Besicherung	Die Angabe ist nicht einschlägig, da die Vermögensanlage nicht zur Immobilienfinanzierung veräußert wird.
13	Verkaufspreis sämtlicher in einem Zeitraum von zwölf Monaten angebotenen, verkauften, vollständig getilgten Vermögensanlagen	Der Verkaufspreis sämtlicher in einem Zeitraum von zwölf Monaten angebotenen, verkauften und vollständig getilgten Vermögensanlagen der Emittentin beträgt EUR 0.
	Gesetzliche Hinweise	
	a) BaFin	Die inhaltliche Richtigkeit des Vermögensanlagen-Informationsblattes unterliegt nicht der Prüfung durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht.
	b) Verkaufsprospekt, Informationen	Für die Vermögensanlage wurde kein von der BaFin gebilligter Verkaufsprospekt hinterlegt. Weitergehende Informationen erhält der Anleger unmittelbar vom Anbieter/Emittenten der Vermögensanlage.
	c) Jahresabschluss	Der letzte offengelegte Jahresabschluss zum 31. Dezember 2018 wird zur kostenlosen Ausgabe bei der Frischepost GmbH, Ausschläger Billdeich 18, 20539 Hamburg bereitgehalten und ist auf www.bundesanzeiger.de abrufbar. Zukünftig offenzulegende Jahresabschlüsse werden im elektronischen Bundesanzeiger (www.bundesanzeiger.de) abrufbar sein und können auch bei der Emittentin unter Ausschläger Billdeich 18, 20539 Hamburg angefordert werden.
	d) Haftung	Ansprüche auf der Grundlage einer in dem Vermögensanlagen-Informationsblatt enthaltenen Angaben können nur dann bestehen, wenn die Angabe irreführend, unrichtig oder nicht mit den einschlägigen Teilen des Verkaufsprospekts vereinbar ist und wenn die Vermögensanlage während der Dauer des öffentlichen Angebots, spätestens jedoch innerhalb von zwei Jahren nach dem ersten öffentlichen Angebot der Vermögensanlage im Inland, erworben wird.
	Bestätigung der Kenntnisnahme des Warnhinweises	Gemäß §15 Absatz 4 Vermögensanlagengesetz bestätigt der Anleger vor Vertragsabschluss die Kenntnisnahme des Vermögensanlagen-Informationsblatt und des Warnhinweises auf Seite 1 durch eine der Unterschriftsleistung gleichwertigen Art und Weise auf der Internet-Dienstleistungsplattform unter www.wiwin.de , da für den Vertragsschluss ausschließlich Fernkommunikationsmittel verwendet werden.